WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

STANDPUNKTE

WIRTSCHAFTSBEIRAT BAYERN

AUSGABE JULI 2019

Mit Beiträgen von
Prof. Dr. Angelika Niebler, Ralf Wintergerst,
Eckhard Schwarzer, Erwin Huber, Dr. Johann Schachtner

Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP
Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern

EUROPA – JETZT KOMMT ES DARAUF AN!

202 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben bei der Europawahl ihre Stimmen abgegeben und damit ein klares Zeichen gesetzt: Europa darf man nicht den Nationalisten, Populisten und Anti-Europäern überlassen. Wenngleich die Landschaft zersplitterter und die Mehrheitsbildung dadurch schwieriger geworden ist, gibt es jedenfalls eine Mehrheit der proeuropäischen Kräfte im Europäischen Parlament. Das ist ein gutes Zeichen. Denn Bayern braucht ein starkes Europa, um sich global behaupten zu können. Das Interesse an Europa ist da, wenn wir bereit sind zu diskutieren, gerade auch bei der jungen Generation. Es geht darum, konkrete Antworten auf die Herausforderungen der Zeit anzubieten – europäische Antworten.

EUROPA KANN NOCH MEHR

Europa bleibt seit Jahren hinter seinen Möglichkeiten zurück. Von den Zielen von Lissabon, die ja nicht falsch waren, ist schon lange keine Rede mehr. Wir fallen in Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsdynamik zurück, China scheint uns schier zu überrollen. Andere reformieren ihre Steuersysteme, wir debattieren über neue Transferleistungen und ein Euro-Zonen-Budget. Amerika und China investieren in weit größeren Volumina in Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, als Europa insgesamt. Deutschland hält zwar noch vergleichsweise gut mit, fällt aber schon wegen seiner Größe weltwirtschaftlich immer weniger ins Gewicht. Nur Europa als Ganzes kann die notwendige Masse auf die Waage bringen. Kräftige Investitionen in Digitalisierung und künstlicher Intelligenz sowie in digitale Infrastruktur, das ist z. B. eine der zentralen Aufgaben Europas in den nächsten Jahren. Wir haben die Forschungskompetenz, wir haben die besten Softwareingenieure der Welt, wir haben weltweit erfolgreiche Unternehmen. Damit kann Europa in Sachen Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz weltweit Pflöcke einschlagen. Europa verbindet dabei auch Ökonomie und Ökologie. Wir müssen auf einen intelligenten technischen Fortschritt mit einem qualitativen, ressourcenschonenden Wachstum setzen. Nur so können wir für unsere nachkommenden Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensqualität sichern. Nachhaltigkeit bietet echte Lebenschancen und schafft Zukunftsjobs. Daher brauchen wir ein Industriekonzept mit ordnungspolitisch stimmigem ökologischem Ansatz.

EUROPA HAT EINE STARKE AUSGANGSBASIS

Unser größter Trumpf ist der Binnenmarkt mit 500 Millionen Menschen, mit seiner Kaufkraft, seiner weltweit führenden industriellen Basis, seinem starken Unternehmertum in Gestalt der mittelständischen Personenunternehmen, den hervorragend qualifizierten Fachkräften und seiner politischen Stabilität. An dieser Kraft Europas kommt niemand in der Welt so leicht vorbei, sie erlaubt es weltweit Standards zu setzen. Die EU hat Handlungsfähigkeit bewiesen: In der Schuldenkrise ist es gelungen, die europäische Wirtschaft zu stabilisieren. Allerdings hat die extrem lockere Geldpolitik mit Negativ-Zinsen langfristige negative Folgen. Neue Institutionen wie der EMS, die EZB-Bankenaufsicht und der Bankenabwicklungsfonds können helfen, für mehr Stabilität zu sorgen, wenn sie in punkto Finanzstabilität und Wettbewerbsfähigkeit richtig ausgestaltet und umgesetzt werden. Die Kommission hat globale Internetkonzerne zur Zahlung angemessener Steuern veranlasst und der Ausnutzung von Marktmacht Grenzen gesetzt. Und die Datenschutzgrundverordnung kann, bei allen bürokratischen Problemen, von der Idee her weltweit Maßstab werden. Gleiches können wir im Bereich Cybersicherheit erreichen. In der Migrationskrise hat das Abkommen mit der Türkei geholfen, die Flüchtlingsströme einzudämmen. Bei aller berechtigten Kritik an den Entwicklungen der letzten Jahre und den offenen Fragen der weiteren europäischen Integration – die EU hat viel erreicht.

EUROPA HAT GROSSES POTENTIAL

Auf dem jüngsten EU-Gipfel haben die Mitgliedstaaten bekräftigt, mehr Einfluss in der Welt anzustreben, Sicherheit, Wachstum und Klimaschutz in den Fokus der Politik der nächsten Jahre zu stellen. Der Kritik daran, es

fehle an mutigen neuen Zielen, sei gesagt: Wir müssen nicht immer im Jahres- und Monatsrhythmus neue Ziele beschließen. Wir brauchen vielmehr Entscheidungen über konkrete Schritte, wie wir die Stabilität der WWU weiter sichern, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Klimawandel und Globalisierung gestalten sowie mehr außenpolitisches Gewicht erreichen können. Jetzt gilt es für Europa Defizite zu korrigieren, Stärken auszuspielen und ein überzeugendes Zukunftskonzept anzugehen. Wir müssen unsere Interessen formulieren und dafür eintreten. Wir brauchen eine europäische Außenpolitik und eine europäische Industriepolitik. Nur wenn wir Europäer aus einer Position der Stärke handeln, wenn wir Amerikanern wie Chinesen und Russen etwas anzubieten haben, werden wir ernst genommen.
Mit am wichtigsten ist es, die Wirtschafts- und Währungsunion auf feste stabile Grundlagen zu stellen und zentrale Grundprinzipien wieder zu festigen. Allen Bestrebungen in Richtung eines europäischen Zentralismus, europäischen Etatismus, der Vergemeinschaftung von Schulden, eines europäischen Sozialsystems, eines europäischen Mindestlohns ist entgegenzutreten. Die Verantwortung für die eigene Wettbewerbsfähigkeit und stabile Finanzen muss in nationaler Verantwortung bleiben. Das Band zwischen Haftung und Verantwortung muss erhalten bleiben. Solidarität mit den Partnerländern ja. Hilfe der Mitgliedstaaten kann aber immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Hilfen müssen immer an Bedingungen geknüpft sein. Auch ein EWS darf weder der Flucht aus der Konditionalität den Weg ebnen, noch die demokratische Legitimation dieser Hilfen untergraben. Für diese Linie muss Deutschland und müssen wir im Europaparlament weiter konsequent eintreten.

MEHR SOUVERÄNITÄT DURCH ENGERE ZUSAMMENARBEIT

Eine selbständigere Rolle Europas wäre zunächst durch eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Staatenverbund zu erreichen. Hier ist bereits einiges geschehen. Die ständige strukturierte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik, der Europäische Verteidigungsfonds und synchrone Verteidigungsplanungen sind das Fundament einer Europäischen Verteidigungsunion. Der Ausbau von Frontex stärkt den Schutz der europäischen Außengrenzen. Deutschland als größtes und wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland kommt dabei eine besondere strategische Verantwortung zu. Das heißt zum einen, auf nationale Alleingänge zu verzichten, sich mit europäischen Partnern, allen voran Frankreich abstimmen, seine Bündnisfähigkeit unter Beweis zu stellen, so in der Außen- und Sicherheitspolitik (Verteidigungsausgaben, Rüstungsexportpolitik). Dies beinhaltet auch, unabhängig vom Ausgang des Brexits, Großbritannien weiterhin politisch möglichst eng an die EU zu binden. Zum anderen muss Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Flüchtlingspolitik, in Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion, in der Energiepolitik, in der Handelspolitik und auch beim Brexit etc. mit eigenen klaren strategischen Konzepten auf die Europäischen Partner zugehen.

MEHR FLEXIBILITÄT DURCH MEHR SUBSIDIARITÄT

Europa kann nicht gegen die historisch gewachsenen Nationen vereinigt werden, sondern nur mit ihnen und durch sie. Deshalb muss das Subsidiaritätsprinzip wiederbelebt werden. Um die Fliehkräfte der EU zu stoppen, brauchen die Mitgliedstaaten einen Ordnungsrahmen, der Flexibilität und Spielräume für unterschiedliche kulturelle Auffassungen und nationale Besonderheiten lässt. Eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Staaten, die am Rechtsstaat, an der politischen Kultur der westlichen Demokratie und am europäischen Einigungsgedanken festhalten, ein stabiler Ordnungsrahmen und eine Fokussierung der EU auf große gemeinschaftliche Themen geben Europa gleichzeitig mehr Souveränität in der Welt. In diesem Sinne muss Europa als Ganzes und in der Konkurrenz zwischen neuen globalen Machtblöcken, gegenüber neuem Protektionismus, gegenüber Autokraten und Terrorismus für seine Werteordnung eintreten, für die zentralen Freiheitsrechte, parlamentarische Demokratie, Herrschaft des Rechts, Soziale Marktwirtschaft.

Ralf Wintergerst
Vorsitzender der Geschäftsführung und
Group CEO, Giesecke+Devrient

DIE DIGITALE GESELLSCHAFT BRAUCHT EINE STARKE ZUSAMMENARBEIT VON POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

Die Digitalisierung ist der dominierende Megatrend unserer Zeit. Immer schneller bringt sie neue Möglichkeiten und neue Herausforderungen, ob nun im privaten Bereich, in der Industrie oder im öffentlichen Sektor. Dabei gilt es abzuwägen zwischen blinder Fortschrittswut und berechtigten Sicherheitsbedenken, zwischen einem verantwortungsvollen Umgang mit Technologien und der wirtschaftlichen Zukunft des Standorts Deutschlands. In dieser Diskussion kommt dem Staat eine besondere Rolle zu.

Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche eröffnet Möglichkeiten, die noch vor nicht allzu langer Zeit utopisch schienen. Heute kann das gesamte Wissen der Menschheit über Internetplattformen binnen Sekunden abgerufen werden. Die Verbindung mit anderen Menschen ist einfach, schnell und grenzenlos über leicht zu nutzende Apps möglich. Während neue Geschäftsmodelle in kürzester Zeit neue Unternehmen entstehen lassen, verschwinden auf der anderen Seite durch digitale Alternativen einfach bestehende Produkte und Dienstleistungen. Soziale Netzwerke haben längst die Kommunikation und mediale Wahrnehmung revolutioniert. Das Internet der Dinge drängt in unsere Wohnzimmer und Produktionshallen, Künstliche Intelligenz ist unaufhaltsam auf dem Vormarsch – vom Übersetzungsroboter über das autonome Fahrzeug bis hin zur Erkennung von Mustern und bisher nicht klar definierten Krankheitsbildern in der Medizintechnik.

ZWISCHEN ZWEI POLARISIERENDEN STANDPUNKTEN

Zweifelsohne bringen die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz ungeheure Chancen mit sich. Dennoch hat der rasante technologische Fortschritt auch seine Schattenseiten: Datenansammlungen führen zu Missbrauch, IT-Infrastrukturen werden durch Cyber-Angriffe manipuliert und das Darknet ist der Handelsplatz für Kriminelle. Zwei Beispiele führen die gesellschaftlichen Folgen der digitalen Welt bildhaft vor Augen.

Immer mehr Menschen kommunizieren und vernetzen sich über soziale Medien. In China nutzen dazu mittlerweile mehr als 800 Millionen die App „WeChat“. WeChat wird als das „Social Operating System Chinas“ bezeichnet, da über die App nicht nur kommuniziert, sondern beispielsweise auch bezahlt, ein Taxi bestellt oder Essen ausgewählt wird. Inzwischen kann der Nutzer über die App auch eine Bewertung im Sinne einer Beurteilung über andere „WeChat-Nutzer“ abgeben. Diese Beurteilungen lassen Bewertungsskalen entstehen, die wiederum Rückschlüsse auf das Verhalten und die Lebensweise des Bewerteten erlauben und schon heute beispielsweise bei Kreditvergaben genutzt werden. Wohin wird diese soziale Kontrolle führen?

Als zweites Beispiel für die gesellschaftlichen Folgen möchte ich die Verwundbarkeit des Menschen in der digitalen Welt herausstellen. Die Verfügbarkeit und Verteilung von Informationen haben in den vergangenen

Jahrhunderten dazu geführt, dass sich Menschen eine Meinung bilden konnten, und damit in die Position gelangt sind, sich kritisch mit Themen auseinander zu setzen. Die digitale Welt fördert zunächst die Verfügbarkeit von Informationen. Nie zuvor hatte der Mensch in kürzester Zeit Zugriff auf eine derartige Menge an Information und Wissen. Und doch ist durch die Struktur der digitalen Plattformen und die Aggregation von Daten und Informationen eine Verfälschung und Manipulation von Inhalten möglich. Die Urteils- und Kritikfähigkeit des Nutzers sinken. Kontrolle und Einschränkung der informationellen Selbstbestimmung sind die Folge.

NEUE AKZENTE AUS DEUTSCHLAND

Wir befinden uns also auf dem Weg von einer Phase des kritischen Zeitgeistes in eine Phase übermäßiger Kontrolle. Der Politik kommt in diesem Umfeld eine besondere Rolle zu. Damit stellt sich die Frage, wie Deutschland im digitalen Zeitalter seine Vielfalt, seinen Erfindungsreichtum und seine Leistungsfähigkeit neu gestaltet – mit seinen freiheitlichen und demokratischen Grundwerten vor Augen. Zum einen gilt es, den Menschen die Möglichkeit zur Bewahrung ihrer Identitäten auch im digitalen Zeitalter zuzusprechen. So muss das Bewusstsein für die informationelle Selbstbestimmung gestärkt und durch eine praktikable Implementierung verankert werden. Die Gesetz gewordene Wahrung der informationellen Selbstbestimmung inklusive der Absicherung digitaler Identitäten stellt ein deutliches Unterscheidungsmerkmal zum Datenschutz und dem Schutz digitaler Identitäten in den USA oder China dar.

Doch mit der Bewahrung der informationellen Selbstbestimmung dürfen wir uns nicht zufrieden geben, denn die Digitalisierung macht eine weitere Herausforderung für Deutschland klar: Um leistungsfähig zu bleiben, um in der Weltliga der Wirtschaft mitzuspielen, um auf digitalen Plattformen eine Rolle zu spielen, braucht es eine klare und aktive Industriepolitik mit konkreten Ergebnissen und einer Fokussierung auf Zukunftstechnologien. Auch die gezielte Förderung und der anschließende Einsatz von Schlüsseltechnologien stärken den deutschen Standort.

Daher: Deutschland muss einerseits ein viel größeres Bewusstsein für die Wichtigkeit digitaler Technologien entwickeln, andererseits seine einzigartigen Kompetenzen auf der globalen Bühne selbstbewusst präsentieren. Wir stehen für die digitale Selbstbestimmung eines jeden einzelnen Bürgers und stellen uns damit dem Dogma einer digitalen Massenkontrolle entgegen. Gleichzeitig ist eine Reduzierung und Vereinfachung teilweise unsinniger Regulierungen nötig, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und nicht die zahlreichen Möglichkeiten und Chancen, die sich in der digitalen Welt ergeben, auszubremsen.

Deutschland kann und muss Akzente setzen. Dabei dürfen wir nicht in Debatten und Vorschlägen stecken bleiben. Genauso wenig dürfen wir die Vorhaben und Budgets hierfür zugunsten kleinteiliger Themen wieder zurücknehmen und kürzen. Wenn Politik, Forschung und Industrie an einem Strang ziehen, können wir eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Besinnt sich Deutschland auf seine Stärken, gelingt uns der Sprung von einer erfolgreichen Industrienation in eine erfolgreiche Digitalnation – davon bin ich überzeugt.

Eckhard Schwarzer
Dipl.-Volkswirt, Vorstand Marketing,
Service und Vertrieb, DATEV eG

STAND, ANFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN ZUM AUSBAU VON eGOVERNMENT IN DEUTSCHLAND

Die Digitalisierung führt zu einem Struktur- und Prozesswandel nicht nur bei Bürgern und in der Wirtschaft, sondern auf allen Verwaltungsebenen. Sie stellt die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bedingt durch die technischen Entwicklungen und die daraus resultierenden neuen Möglichkeiten in Frage. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung haben sich zwar bewährt, müssen im Bereich der Digitalpolitik aber flexibel weitergedacht werden. Unsere Verfassung, das Grundgesetz, garantiert zwar den Föderalismus, aber sie will sicherlich nicht, dass wir uns in manchen Entscheidungsprozessen handlungs- und entscheidungsunfähig machen.

Dazu ist es notwendig, dass auch (scheinbar) effiziente und etablierte analoge Prozesse hinterfragt und bei Bedarf neu konzipiert werden. Wenn Unternehmen heute in der Lage sind, Bauteile, ja ganze Gebäude aus einem 3-D-Drucker herzustellen, genügt es dann wirklich noch, wenn das Bauamt für die Überwachung des Themenfeldes „Bauen“ zuständig ist? Wie ist die Verwaltung darauf vorbereitet, dass mit gedruckten Organen ggf. auch ein biometrisches ID-Verfahren „ausgetrickst“ werden kann? Welche Verwaltungsebene hat die richtigen Kompetenzen für Marktüberwachung? Abschließende Antworten auf diese Fragen gibt es nicht.

Mit dem Onlinezugangsverbesserungsgesetz (OZG) und den aktuell laufenden Umsetzungsaktivitäten in den Programmen Portalverbund und Digitalisierungsprogramm, an denen sich Bund und Länder partnerschaftlich beteiligen, wurden zumindest die anstehenden Herausforderungen im eGovernment anerkannt und Lösungsansätze initiiert. Alleine mit der Erfüllung dieser Anforderungen müsste die Verwaltung schon heute eine enorme Aufgabe bewältigen.

Trotzdem wird dieser Aufwand nicht ausreichen. Denn es kommt etwas noch Größeres hinzu: Ein erfolgreiches, nutzenstiftendes eGovernment ist ein wesentlicher Bestandteil zur Lösung einer der größten Herausforderungen, denen Deutschland und Europa sich aktuell stellen müssen. Denn im Jahr der Europawahl 2019 suchen Deutschland und Europa nach nicht weniger als einem eigenen digitalpolitischen Zielbild, das sozial-marktwirtschaftlich gestaltet werden soll und nicht aus zentral gelenkter Perspektive, wie beispielsweise in China, oder vollkommen liberaler Marktsicht, wie in den USA, heraus. Die Menschen und Unternehmen in Europa sind eben weiterhin Anhänger eines zu diesen Systemen alternativen und damit eines dazwischen ausgewogenen Weges. Wir werden in einigen Jahren weder einen „digitalen Nachtwächterstaat“ haben, der alles den großen Unternehmen überlässt und nur die Rahmenbedingungen setzt. Wir werden aber auch keine zentrale staatliche Plattform haben, die alle Daten der Bürger und Unternehmen kennt und verknüpft. Bürger und mittelständische Unternehmen wollen eben weder all ihre Daten beim Staat wissen noch soll ein großer Datenkonzern auf all ihre Daten zugreifen können. Eine Blaupause für eine solche Lösung gibt es in der Welt noch nicht. Dazu muss zuerst eine gemeinsame, tiefgehende Wissensbasis geschaffen werden. Apps, moderne Websites und lokale Bürgerportale sind grundsätzlich hilfreiche Tools – aber auch nur technologische Momentaufnahmen. Sie alleine sind eben nicht ausreichend für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Der dahinterliegende Trend birgt das eigentliche große Veränderungspotential: Die „Vierte Industrielle Revolution“, in der auf Basis cyberphysischer Systeme ganze Wirtschaftssektoren digitalisiert, automatisiert und vernetzt werden, ermöglicht vollkommen neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten. Erst, wenn dieses Veränderungspotential erkannt und verstan-

den wurde, können sinnvolle Anpassungsprozesse angestoßen werden, sei es in einzelnen Unternehmen, der Verwaltung oder in der ganzen Gesellschaft. Erst, wenn Politik und Verwaltung beispielsweise verstehen, worin der Mehrwert digitaler Plattformen gegenüber älteren Geschäftsmodellen liegt und wo die wesentlichen Unterschiede liegen, können diese sinnvoll reguliert werden. Das Verständnis kann nur von Politik und Wirtschaft in Europa gemeinsam erarbeitet werden.

Insbesondere in Deutschland ist zudem über alle Generationen hinweg eine große Skepsis sowohl gegenüber großen Unternehmen wie auch gegenüber dem Staat zu spüren, wenn es darum geht, wo relevante Daten gespeichert werden. Diese Skepsis muss ernst genommen werden. Ist Digitalisierung dann überhaupt möglich? Selbstverständlich. Denn daraus folgt für eine diesen Ansprüchen genügende Digitalisierung, dass Daten standardisiert über verteilte Systeme abrufbar sein müssen. Die verschiedenen Plattformen der Verwaltung und der Wirtschaft müssen über Schnittstellen sinnvoll verbunden werden. Der Staat möge weiterhin die Daten erheben, die er für seine Zwecke schon immer erhoben hat und benötigt. Auch die Unternehmen, die beispielsweise im Rechnungswesen die Daten ihrer Kundinnen und Kunden verarbeiten, sollen das weiterhin machen. Wo es aber für Prozesse sinnvoll und nötig ist, muss es Übergänge geben, die genutzt werden dürfen, wenn es der Bürger beziehungsweise Kunde wünscht und erlaubt. Wenn ein BAföG-Antrag Lohnnachweise benötigt, wäre es wünschenswert, wenn der Antragsteller diese direkt aus einem Portal in jenes der Verwaltung „schieben“ könnte. Und zwar ohne mehrfache LogIns und ohne Medienbrüche.

Der Vorteil an dieser Lösung wäre im Übrigen auch, dass sie den zahlreichen kleinen deutschen und europäischen Unternehmen erlaubt, sich mit ihrer Fachexpertise in ein „eGovernment-Ökosystem“ einzubringen.

Die aktuell geführte Debatte um die vermeintliche Notwendigkeit „deutscher und europäischer Champions“ im Digitalbereich erscheint da fast schon überambitioniert.

Ein solches Modell lässt die Daten und nicht die Bürger laufen. Dafür braucht es, neben dem noch immer zu sehr vernachlässigtem Konzept einer umfassenden Registermodernisierung, vor allem eines: Gemeinsame Normen und Standards, an die sich auch wirklich alle Beteiligten halten. Zum Beispiel müssen die sogenannten „interoperablen Servicekonten“, die gerade im Rahmen der OZG-Umsetzung und des Portalverbundes der Verwaltungsportale geplant werden, auch wirklich vollständig interoperabel sein: Ein bayrisches Verwaltungsportal muss mit einem Brandenburger Servicekonto auch wirklich genauso nutzbar sein wie es mit einem bayrischen Konto der Fall wäre. Wenn ein Unternehmer am Ende dann doch, weil man sich nur auf geringe Mindeststandards geeinigt hat, verschiedene Servicekonten mit entsprechend unterschiedlichen Nutzernamen und Passwörtern braucht, wird nur eines erreicht: Die Digitalisierung macht alles noch komplexer, nicht einfacher. Und der Unternehmer wünscht sich den Papierantrag zurück.

Wenn in Deutschland weiterhin europäische Richtlinien und Standards 17-mal in Bund und Ländern verschieden interpretiert und umgesetzt werden können – wie bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung aktuell zu beobachten – und deshalb immer nur der kleinste gemeinsame Nenner erreicht werden kann, rückt eine deutsche, eine europäische digitale Souveränität in weite Ferne. Alexis de Tocqueville hat schon 1835 in seiner Darstellung der Demokratie in Amerika gesagt: „Der augenfälligste unter all den Nachteilen, die einer Bundesordnung eigen sind, ist die Umständlichkeit ihrer Verfahren.“

Wenn wir es aber schaffen, smarte digitale Lösungen für ein föderales Deutschland zu schaffen, dann können wir auch ein heterogenes Europa entscheidend bei der Digitalisierung vorantreiben.

Erwin Huber
Dipl. Volkswirt, Staatsminister a.D.,
Präsidiumsmitglied im Wirtschaftsbeirat Bayern

SETZT ALTMAIER DIE SCHWERPUNKTE RICHTIG? – KRITISCHE GEDANKEN ZUR „NATIONALEN INDUSTRIESTRATEGIE 2030“

Endlich ein Wirtschaftsminister aus der CDU. So war es vor einem Jahr erwartungsvoll in Wirtschaft und Union zu hören. Die Partei Ludwig Erhards hat endlich die Chance, klaren Kurs in der Wirtschaftspolitik zu zeigen, und das ist gerade in schwierigem Umfeld und nebeliger Aussicht sehr wichtig. Nach einem Jo-Jo-Jahr in der GroKo muss die Zwischenbilanz leider verhalten ausfallen. Und das liegt nicht nur am wirtschaftsabseitigen Koalitionspartner.

Man kann sich die Lage nicht aussuchen, in der man ein politisches Mandat, eine verantwortliche Rolle übernimmt. Die Konjunkturaussichten waren Anfang 2018 sicher rosiger, die Aussichten sonniger. Jetzt gibt es mehr Frost und Sturm mit atlantischen Tiefausläufern. Gerade da braucht man wirtschaftspolitisch einen weitsichtigen Steuermann. So passt es ganz gut, dass Peter Altmaier im Februar 2019 die „Nationale Industriestrategie 2030“ vorgelegt hat. Wohin wird sie uns führen?

Zunächst beschreibt der Bundeswirtschaftsminister zutreffend die Problemlage: zunehmender Protektionismus in der globalen Wirtschaft, Auftreten disruptiver Technologien, die alte Stärken relativieren, Gefährdung der technologischen Führerschaft von deutschen Unternehmen. Er fordert eine aktive Industriepolitik Deutschlands und Europas. Die Beschreibung der Lage ist richtig. Aus meiner Sicht genügt es aber nicht, die feindlichen, protektionistischen Mächte in Amerika und Asien für die Verschlechterung unserer Zukunftschancen verantwortlich zu machen. Wir brauchen auch eine schonungslose Analyse der eigenen Rahmenbedingungen. Es taucht zwar das Wort Unternehmenssteuern einmal auf, auch der Hinweis auf die Energiepreise fehlt nicht. Aber wo bleibt die Analyse unserer Probleme?

Der Vorrang der Sozialpolitik und der Verteilungsmentalität belastet die Wirtschaft. Es hindern uns im Wettbewerb: Die Langsamkeit und bürokratische Überfrachtung von Infrastrukturprojekten, die gesellschaftspolitische Gegnerschaft zu Wachstum, Fortschritt und Forschung und die geradezu feindliche Gesinnung breiter Kreise zu Auto und Flugzeug, zu Industrieanlagen ebenso wie zur Landwirtschaft. Wie soll in einem solchen gesellschaftlichen Klima ein innovations- und wettbewerbsfreundliches Klima entstehen?

Wirtschaftspolitik ist zu einem guten Teil Psychologie. Wo bleibt die wach machende, aufrüttelnde, aufreißende Ruck-Rede von Kanzlerin und Wirtschaftsminister? Der Sympathie-Effekt, den Friedrich Merz mit seiner Kandidatur um den CDU-Vorsitz auslöste, hängt mit diesem gefühlten und tatsächlichen Mangel zusammen. Ein Papier, das nur Insider lesen, kann diese Lücke nicht füllen, zumal auch hier die selbstgemachten Ursachen für einen Verlust an Dynamik und Zukunftsfähigkeit unserer Industrie nicht echt genannt werden.

Die Bundesregierung hat mit ihrer Digitaloffensive und dem Programm zur Erforschung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz schon beachtliche Projekte auf den Weg gebracht. Aber der Wirtschaftsminister bleibt mit seiner Industriestrategie zu sehr im engeren Aktionsfeld. Vom Kampf gegen bürokratische Lasten liest man gar nichts, auch nicht, wie die Energiepolitik der Zukunft aussehen soll. Nach dem Ausstieg aus der Kernkraft und dem bevorstehenden Ausstieg aus der Kohle wird doch der Strompreis eher steigen und nicht fallen! Beim Kampf um die Haushaltsmittel der Zukunft müssen Investitionen Vorrang haben vor konsumtiven Wohltaten.

Nach meinem Verständnis hat der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft eine aktive Rolle. Ein Nachtwächterstaat würde seine Verantwortung verfehlen. Es geht nicht nur um Konjunkturpolitik und Krisenbewältigung. Es geht um die verlässliche Gestaltung von Rahmenbedingungen. Nicht an Stelle von Unternehmen oder Investoren soll der Staat agieren, aber er soll ihnen die erfolgreiche Bewältigung des Wettbewerbs im globalen Rahmen ermöglichen und erleichtern. Da ist es richtig, das Wettbewerbsrecht zu überdenken und auf europäische Dimensionen auszurichten. Aber wie glaubwürdig ist denn dieses Lippenbekenntnis, wenn Deutschland und Frankreich es gemeinsam nicht fertigbringen, die Fusion von Siemens und Alstom in der Zugsparte über die Rampe zu ziehen und gemeinsam an der Europäischen Kommission scheitern? Altmaier beschwört ständig (und das hört man in der CSU zurecht gerne) Franz Josef Strauß und sein europäisches Flugzeugprojekt Airbus. Er hätte jetzt die Möglichkeit gehabt, im Eisenbahnbereich ähnliches zu bewerkstelligen, aber da braucht man mehr als ein Papier.

In der Fachdiskussion unterstellt man dem Bundeswirtschaftsminister planwirtschaftliche Vorstellungen. Das geht sicher zu weit. Aber interessant wäre es schon zu wissen, was er sich unter „Beteiligungsfazilität“ vorstellt. Bei der Begeisterung und Bewunderung, die aus der „Nationalen Industriestrategie 2030“ für die chinesische Politik herausstrahlt, muss man sofort an einen Staatsfonds denken, aus dem Wirtschaftsbeteiligungen finanziert werden. Soll der Staat nun immer den „weißen Ritter“ spielen oder gar strategisch Beteiligungen bei Aktiengesellschaften anstreben, um seine wirtschaftspolitischen Ziele voranzubringen? Wer Anteilseigner wird, übernimmt unternehmerische Verantwortung. Ob das Politiker oder Beamte besser können als Eigentümer oder erfahrene Manager von Unternehmen, diese Frage muss man gar nicht erst aufwerfen. Was heißt es nun, dass der Maßstab ein „neues volkswirtschaftliches Verhältnismäßigkeitsprinzip“ sein soll? Wer beurteilt denn das? Und quasi automatisch eine Staatsbeteiligung in den Fragen der Plattformökonomie, bei Künstlicher Intelligenz oder Autonomen Fahren zu postulieren, („erforderlich und gerechtfertigt“) der nimmt statt der Förderung das Lenkrad in die Hand. Ein Konglomerat von Industriebeteiligungen im Eigentum der öffentlichen Hand, die dann strategisch und wettbewerbsfeindlich die Fäden zieht, das ist wohl das Letzte, was sich Ludwig Erhard unter Sozialer Marktwirtschaft vorgestellt hat. Wer über die Rahmenbedingungen hinausgeht, der ist auf einem gefährlichen Weg und verlagert wirtschaftliche Entscheidungen in die staatliche Bürokratie. Ich sage: „fördern ja, lenken nein!“ Und ich habe Ludwig Erhard damit auf meiner Seite, der in seinen grundsätzlichen Vorstellungen in „Wohlstand für alle“ klar davor warnte, „wenn sich der Staat selbst als Unternehmer betätigt.“ Das aktuelle Beispiel des Bundesunternehmens Deutsche Bahn ersetzt jede weitere Kommentierung.

Das Gegenbeispiel könnte die steuerliche Forschungsförderung sein. Hier bleibt die betriebswirtschaftliche Entscheidung beim Unternehmen und der Staat fördert und unterstützt ohne zu lenken und planwirtschaftlich zu fungieren. Warum liegt dieses Projekt schon so lange in den Schubladen und kommt nicht voran?

Ja, die Zeit zum Handeln ist da. Es muss auch ein großer Sprung sein. Aber bitte in die richtige Richtung, nämlich Stärkung der marktwirtschaftlichen Kräfte, Belebung der Innovationsfreudigkeit und vor allem ein positives Grundklima für Forschung, Innovation und Zukunftsfähigkeit. Die Zeit drängt.

Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär Wirtschaftsbeirat Bayern

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT BRAUCHT NEUE FREUNDE – ORDNUNGSPOLITIK STATT STAATSINTERVENTIONISMUS

Industriepolitik nach französischer Manier, rote Pläne für ein Klimaschutzgesetz, bedingungslose Grundrente und, und, und … Es wird Zeit, wieder über Ordnungspolitik zu reden. Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist gut. Aber in der Wirtschaft herrscht großer Frust. Weniger wegen der Wolken am Konjunkturhimmel, enttäuschender ist für viele, dass der Agenda 2010 keine nennenswerten Reformen mehr gefolgt sind und manchen Fehlentwicklungen freier Lauf gelassen wurde. Auf die weltweiten Umbrüche durch die Machtpolitik Russlands und Chinas, den Rückzug der USA auf sich selbst, durch neuen Protektionismus, Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung fehlen zudem langfristige, strategisch ausgerichtete wirtschaftspolitische Antworten. Frankreich legt Visionen für Europa vor, Deutschland laviert. Aus all diesen Gründen wird der Wirtschaftsbeirat Bayern auf Initiative unseres Vizepräsidenten Dr. Jürgen F. Kammer 2019 das Thema „Soziale Marktwirtschaft heute“ in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen und hierzu Diskussionen, Gespräche und Veranstaltungen anbieten.

Die Industrie wieder in den Fokus der Politik zu rücken ist richtig. Über das europäische Wettbewerbsrecht nachzudenken ist sinnvoll, weil wir auch hier im Weltmaßstab denken müssen. Wenn die Politik aber im Geiste der Planification strategische Branchen bestimmen will, die besonders zu behandeln wären, geht das in die Irre. Man kann nicht erwarten, die Politik wüsste, wie die Wirtschaft 2030 auszusehen hat. Der Wettbewerb ist die entscheidende Triebkraft für Fortschritt, den dürfen wir nicht politisch aushebeln. Bayern hat über Jahrzehnte gezeigt, wie man erfolgreich Industriepolitik macht – durch Forschungs- und Technologieförderung auf ganzer Breite, durch kräftige Investitionen in die Infrastruktur. Heute geht es um die digitale Infrastruktur – und darum, dass man den Betrieben Handlungsspielräume für das Ringen im Wettbewerb verschafft. Die steuerliche Forschungsförderung ist hier ein richtiger Ansatz. Allerdings ist eine umfassende Reform der Unternehmenssteuern erforderlich, damit wir im internationalen Steuerwettbewerb nicht wieder Schlusslicht werden.

Wir stellen immer mehr Geld für die Sozialsysteme bereit und bieten immer neue Leistungen an. Die Summe der Sozialausgaben liegt jetzt bei 956 Mrd. Euro. Doch statt mehr Gerechtigkeit blüht Bürokratie. Bürger fühlen sich allein gelassen und gegängelt. Vollkaskomentalität kann nie bedient werden, der Staat kann nicht jede individuelle Problemlage lösen. Versucht er es trotzdem, produziert er nur neue Ungerechtigkeiten. Im Bewusstsein, dass nur verteilt werden kann, was erwirtschaftet wird, ist eine Reform der Soziallsysteme nötig. Die Sozialgesetze müssen vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden. Wirksamer als mehr Geld helfen mehr Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe. Hartz IV war eine der erfolgreichsten Reformen und hat viele Arbeitslose wieder in Beschäftigung gebracht. Vom Prinzip „fördern und fordern“ dürfen wir nicht abrücken. Hilfe zur Selbsthilfe ist der ordnungspolitisch überzeugendste Weg in der Sozialpolitik.

In der Klimapolitik hat man ehrgeizige Ziele beschlossen. Die Pläne der SPD für ein Klimaschutzgesetz sehen tonnengenaue Einsparvorgaben für einzelne Sektoren vor. Politische Ausstiegsdaten, politische Sektorenziele, politische Quoten und Extrasteuern, die Politik entscheidet, wer welche Einsparungen zu leisten hat – dieser Weg führt direkt in die Planwirtschaft. Damit werden wirtschaftliche Flexibilität und technologische Erfindungskraft außer Kraft gesetzt. Wir dürfen die Fehler der Energiewende nicht wiederholen. Wir brauchen einen Ordnungsrahmen, der technologieoffene und kosteneffiziente Lösungen in der Energie- und Klimapolitik ermöglicht. Der beste Weg ist eine einheitliche Bepreisung von CO^2 durch einen Emissionshandel.

Ordnungspolitik statt Staatsinterventionismus – das ist die beste Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Die Soziale Marktwirtschaft ist als offene Wirtschaftsordnung wie keine andere gesellschaftliche Ordnung in der Lage, die ganze Kreativität, den ganzen Ideenreichtum und die ganze Tatkraft einer Gesellschaft für die Gestaltung der Zukunft zu mobilisieren. Kein politischer Thinktank wird dazu je auch nur annähernd in der Lage sein. Niemand kann die Zukunft vorhersagen. Keiner weiß, welche der jeweils denkbaren technologischen Lösungen für eine Frage am Ende die beste sein wird. Wenn ein Unternehmen sich irrt, ist das für Einzelne schlimm, aber für die Gesellschaft als Ganzes tragbar, weil sie den Betroffenen helfen kann. Wenn die Politik für die ganze Gesellschaft auf die falsche Lösung setzt, verlieren alle, keiner ist mehr da zu helfen. Deshalb braucht die Soziale Marktwirtschaft, in der viele im Wettbewerb nach der besten Lösung streben, in der Bedürftigen von der Gesellschaft geholfen wird und in der so der Gesellschaft als Ganzes eine gute Zukunft ermöglicht wird, wieder mehr Freunde.

IMPRESSUM

Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP
Vizepräsidenten: Dr. Jürgen F. Kammer
Hans Hammer
Ehrenpräsidenten: Dr. Dieter Soltmann
Dr. Otto Wiesheu
Schatzmeisterin: Dr. Christine Bortenlänger
Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

Wirtschaftsbeirat der Union e.V.
Ottostraße 5 · 80333 München
Telefon 089 242 28 60 · Telefax 089 29 15 18

www.wbu.de
info@wbu.de

www.twitter.com/
WBBayern

www.facebook.com/
WirtschaftsbeiratBayern

Abendzeitung

Das Gesicht dieser Stadt

NAH AM MENSCHEN,

HUMORVOLL UND WITZIG

Und es kommt dazu:

- der beste **Lokalteil** der Stadt
- **Politik** zum Verstehen
- der **Sport** aus München und aus aller Welt
- und natürlich das **Feuilleton** – Kunst, Kritik und alles, was in München gespielt wird …

… wer die Abendzeitung liest, der ist in München wie zuhause …